

ACADEMIC BOYCOTT NOW!



GEMEINSAME RESOLUTION

Wir, die Unterzeichnenden, kommen im Rahmen der Konferenz Academic Boycott Now! zusammen und erkennen Folgendes an:

- 1.** Das israelische Apartheid-System verstößt seit seiner Gründung gegen internationales Recht. Ausgangspunkt ist die Nakba – die anhaltende Vertreibung und Enteignung der Palästinenser:innen aus dem historischen Palästina, beginnend im Jahr 1948 und bis heute andauernd. Dieser Prozess stellt eine strukturelle Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts dar – durch militärische Besatzung, Masseninhaftierung und durch den Zionismus (verstanden als Bewegung zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina sowie als Ideologie jüdischer Vorherrschaft in Palästina), der die Grundlage dieser strukturellen Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts durch verschiedene Mittel bildet, darunter militärische Besatzung und Masseninhaftierung.
- 2.** In der jüngsten Phase des anhaltenden Genozids gegen das palästinensische Volk, der sich nach dem 7. Oktober 2023 erheblich verschärft hat, hat Israel die notwendigen Lebensgrundlagen für Palästinenser:innen im Gazastreifen systematisch zerstört. Diese Handlungen stellen einen Genozid dar, wie in Artikel II der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes definiert ist. Israel hat Palästinenser:innen direkt getötet, ihnen schwere körperliche und seelische Schäden zugefügt und gezielt die Infrastruktur in Bereichen der Gesundheitsversorgung, Bildung, Handel, Industrie, Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationsstrukturen sowie kommunale Infrastruktur zerstört, um die physische und kulturelle Zerstörung der Palästinenser:innen herbeizuführen.
- 3.** Israel verstößt weiterhin internationales Recht, indem es palästinensischen Flüchtlingen ihr in der UN-Resolution 194 festgeschriebenes Rückkehrrecht verweigert, und indem es die besetzten palästinensischen Gebiete (einschließlich des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens) sowie die syrischen Golanhöhen illegal besetzt hält. Seit 1967 hat Israel in diesen Gebieten das Kriegsrecht verhängt, einschließlich willkürlicher und zeitlich unbegrenzter Inhaftierungen, in deren Rahmen systematisch Folter und sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung ausgeübt werden. Illegale israelische Siedlungen breiten sich durch zivile und militärische Interventionen weiter aus, unter Komplizenschaft internationaler Akteure aus Wirtschaft, Politik und Medien.
- 4.** Die aktuelle Lage in Palästina überschreitet regionale Grenzen. Um Palästinenser:innen systematisch zu überwachen, zu kontrollieren und zu vernichten, haben sich israelische Unternehmen auf Militär- und Polizeitechnologien sowie entsprechende Ausbildungen spezialisiert, die anschließend weltweit exportiert werden. Israel ist ein bedeutender Treiber von Militarisierung, Autoritarismus



sowie der Verletzung und Aushöhlung von Menschenrechten weltweit und liefert Drohnen, KI-basierte Erkennungssysteme und Überwachungssoftware. Bewegungen mit antimilitaristischen Zielsetzungen und einem Engagement für universelle Menschenrechte sowie soziale Bewegungen weltweit sollten sich dem Staat Israel entgegenstellen.

5. Israelische kulturelle und akademische Institutionen sind integraler Bestandteil des Siedlerkolonialismus. Sie tragen zur Auslöschung und Umschreibung historischer Fakten, des palästinensischen Kulturerbes und akademischer Leistungen bei und sind an der illegalen Aneignung von Land und Kulturgütern beteiligt. Diese Institutionen entwickeln direkt militärische und polizeiliche Technologien und bilden israelisches Militär- und Geheimdienstpersonal aus bzw. unterstützen sie. Als Institutionen der Apartheid diskriminieren sie außerdem systematisch Palästinenser:innen. Durch die Aufrechterhaltung akademischer Kooperationen normalisiert und finanziert die globale Wissenschaftsgemeinschaft diesen Zustand. Ein Beispiel ist die Teilnahme Israels am Programm "Horizon Europe" der Europäischen Union. Italien und Deutschland haben sogar die von der Europäischen Kommission in Erwägung gezogene teilweise Suspendierung Israels aus dem Programm blockiert.

6. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen sind vollständig an der Bereitstellung militärischer Unterstützung für Israel beteiligt. Dazu gehören sowohl Waffenlieferungen als auch personelle, logistische und diplomatische Unterstützung – trotz schwerwiegender Vorwürfe von Verstößen gegen internationales Recht. Deutschland ermöglicht und begünstigt zudem israelisches Verbrechen, indem es Apartheid und Genozid normalisiert und Israels fortgesetzte Teilnahme an internationalen Kultur-, Sport- und Wissenschaftsforen verteidigt.

7. Deutschland trägt zu dieser Komplizenschaft bei, indem Palästinenser:innen, ihre Organisationen und Aktivismus gegen Völkermord innerhalb Deutschlands verfolgt und kriminalisiert werden. Dazu gehört auch das Entziehen von Plattformen sowie die Streichung von Fördermitteln für Organisationen, die Solidarität mit oder Besorgnis über palästinensisches Leid ausdrücken. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Bundestagsresolution Nr. 10191/19, die die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus in einer Weise anwendet, die Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichsetzt und damit im Widerspruch zur Entscheidung 16/15271 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie zur Entscheidung E2016/005122- (ASW) der Europäischen Kommission steht. Diese Repression wurde durch Resolution Nr. 2024) 13627/20) weiter verschärft, die „Ausschluss aus Lehrveranstaltungen oder Studiengängen bis hin zur Exmatrikulation in besonders schweren Fällen“ sowie die Streichung von künstlerischer, akademischer und kultureller Förderung vorsieht. serious cases,” as well as the cancellation of artistic, academic, and cultural funding.

8. Die anhaltende Nakba hat zur Entstehung und Intensivierung zahlreicher studentischer und akademischer Gruppen in Solidarität mit Palästina geführt. Diese Gruppen haben die deutsche Komplizenschaft im Genozid auf verschiedene Weise herausgefordert, unter anderem durch Berichte über akademische Komplizenschaft und durch Forderungen nach einem akademischen Boykott israelischer Institutionen – eine Maßnahme, die von Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, als „das absolute Minimum“ bezeichnet wurde.

Angesichts unserer politischen Verantwortung und Solidarität schließen wir, die Unterzeichnenden, uns zusammen und handeln gemeinsam in einer organisierten kollektiven Kampagne für einen allgemeinen akademischen Boykott israelischer akademischer und kultureller Institutionen gemäß den Richtlinien der Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI).



Wir fassen diese Richtlinien auf den folgenden drei Ebenen zusammen:

- 1. Institutionell:** Wir fordern Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturinstitutionen in Deutschland und international auf:
 - a) Die Art und den Umfang ihrer Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen und anderen Akteuren, die gegen internationales und humanitäres Recht verstoßen oder verstoßen könnten, vollständig offenzulegen, um individuelle und institutionelle Verantwortlichkeit zu gewährleisten
 - b) Kooperationen mit israelischen Institutionen auszusetzen oder zu beenden, bis die PACBI-Bedingungen erfüllt sind;
 - c) Desinvestitionen aus israelischen Institutionen und Unternehmen vorzunehmen.
- 2. Individuell:** Wir rufen Studierende, Akademiker:innen sowie administrative und logistische Beschäftigte in deutschen Institutionen dazu auf, Zusammenarbeit zu verweigern und sich auf ihr Gewissensrecht zu berufen.
- 3. Organisatorisch:** Wir rufen dazu auf, gemeinsame Projekte, Förderungen und Kooperationen mit Apartheidinstitutionen und ihren Vertreter:innen durch direkte Aktionen und Streiks zu blockieren und zu unterbrechen.

Verankert in den Prinzipien des internationalen Rechts und universeller Menschenrechte lehnt die BDS-Bewegung, einschließlich PACBI, grundsätzlich Boykotte von Individuen aufgrund ihrer Identität (z. B. Staatsangehörigkeit, Herkunft, Geschlecht oder Religion) oder ihrer Meinung ab. Wenn jedoch eine Person den Staat Israel oder eine beteiligte israelische Institution repräsentiert (etwa als Dekan:in, Rektor:in oder Präsident:in) oder an staatlichen Image-Kampagnen beteiligt ist, fallen **ihre Aktivitäten** unter den institutionellen Boykott, zu dem die BDS-Bewegung aufruft. Die bloße institutionelle Zugehörigkeit israelischer Wissenschaftler:innen stellt daher keinen Grund für einen Boykott dar.

Gemäß den PACBI-Richtlinien wird diese Kampagne für einen akademischen Boykott so lange fortgesetzt, bis israelische akademische und kulturelle Institutionen zwei grundlegende Bedingungen erfüllen:

- 1. Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gemäß internationalem Recht, einschließlich der drei Grundrechte aus dem BDS-Aufruf von 2005:**
 - a) Beendigung der Besatzung und Kolonisierung aller arabischen Gebiete sowie Abriss der Mauer;



- b) Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels auf vollständige Gleichberechtigung;
- c) Achtung, Schutz und Förderung der Rechte palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194.

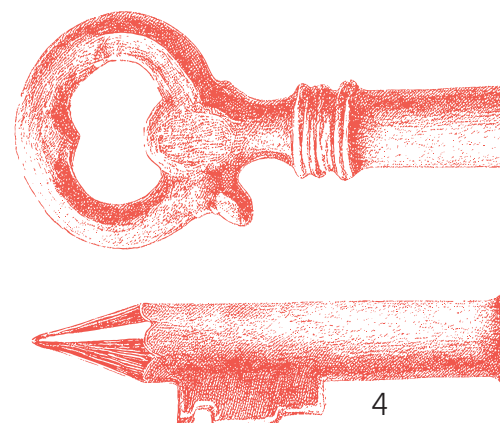
2. Beendigung jeglicher Formen der Komplizenschaft bei der Verletzung palästinensischer Rechte gemäß internationalem Recht. Diese umfasst diskriminierende Politiken und Praktiken sowie unterschiedliche Rollen bei der Planung, Umsetzung und/oder Rechtfertigung von Israels Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht.

Darüber hinaus fordern wir **die deutsche Wissenschaftsgemeinschaft dazu auf, sich für BDS-Resolutionen einzusetzen und diese in internationalen akademischen Netzwerken und Verbänden zu vertreten.** Wir fordern internationale Netzwerke und Verbände, die bereits BDS-Resolutionen beschlossen haben, dazu auf, ihre deutschen Partnerinstitutionen für deren aktive Opposition gegen diese Resolutionen zur Verantwortung zu ziehen.

Als notwendige Reparationsmaßnahme für die Beihilfe israelischer Verbrechen fordern wir **deutsche Institutionen auf, sämtliche Infrastruktur, Personalressourcen und finanziellen Mittel, die derzeit israelischen Institutionen zur Verfügung gestellt werden (z. B. gemeinsame virtuelle Campusprogramme, speziell bereitgestellte Forschungsförderung, etc.), stattdessen palästinensischen Institutionen im Westjordanland sowie dem Wiederaufbau akademischer Institutionen in Gaza zur Verfügung zu stellen.** Darüber hinaus müssen Verfahren geschaffen werden, **um Verantwortliche innerhalb deutscher Institutionen für ihre Beteiligung an den Verbrechen gegen das palästinensische Volk zur Rechenschaft zu ziehen.**

Abschließend bekräftigen wir, die Unterzeichnenden, dass die Anerkennung palästinensischen Leidens ohne die Verpflichtung zum konkreten Handeln leer und unzureichend ist. Nur durch die Umsetzung dieser grundlegenden Bedingungen kann eine echte politische Lösung angestrebt werden, die gleiche Rechte für alle Menschen im Gebiet gewährleistet. Aus diesem Grund erheben wir gemeinsam mit der globalen palästinensischen Solidaritätsbewegung unsere Stimmen und erklären:

***PALESTINE
WILL BE
FREE!***





UNTERZEICHNER:INNEN:

- BDS Initiative Karlsruhe
 - SfP Freiburg
 - SfP Heidelberg
 - Uni Komitee Tübingen
 - Academics for Justice Munich
 - SfP Würzburg
 - Uni for Palestine Munich
 - Asso Oace Palestina Berlin
 - BDS FU
 - Decolonise at Charite
 - Academic Opposition
 - Not in our Name TU
 - UniforPali Bremen
 - BDS Uni Hamburg
 - Academics for Justice FFM
 - SfP FFM
 - S4P Fra
 - Student Solidarity Marburg
 - SfP Rostock
 - SfP Göttingen
 - SfP Hannover
 - SfP Lüneburg
 - Camp for Palestine Köln
 - Collective Liberation Bielefeld
 - Dortmunder Studierende für Palästina
 - Palästina Antikolonial
 - SDS Bochum
 - SDS Düsseldorf
 - SfP Bonn
 - SfP Bonn
 - SfP Kleve
 - SfP Folkwang Essen
 - SfP Aachen
 - SfP Mainz
 - SfP Leipzig
 - SfP Halle
 - Bauhaus on Silence Weimar
- Bundesweit:**
- KSB/GAM
 - Revolution Germany
 - RIO/KGK
 - SDS – Die Linke
 - Egypt Solidarity Collective
- Externe Kollektive:**
- ASt – Arbeiter*innen